

Liebe Leserinnen und Leser,



am 1. September wird ein neuer Landtag gewählt. Ich möchte Sie in diesem Newsletter noch einmal über die sozial- und gesundheitspolitischen Themen der letzten Monate informieren - bevor die 6. Legislatur des Sächsischen Landtags zu Ende geht.

Unsere Fraktion hat einen Antrag zur Förderung der [gesunden Ernährung an Schulen und Kitas](#) in den Landtag eingebracht. Mit einem neuen Landesgesetz wird die [Inklusion](#) in Sachsen endlich gestärkt, allerdings nicht so weitreichend wie wir es fordern. Kurz vor Ende der Wahlperiode gab es eine Vielzahl an [Pflege](#)-Initiativen und Vorschläge zur Verbesserung der [medizinischen Versorgung](#). Der 5. Sächsische Kinder- und Jugendbericht mit dem Schwerpunkt [Jugendbeteiligung](#) wurde veröffentlicht. Der Landtag hat darüber diskutiert, wie [Armut](#) wirksam bekämpft werden kann. Und der Verein der Direktversicherungsgeschädigten hat in Dresden vor dem Landtag demonstriert. Die Betroffenen kämpfen für die volle Auszahlung ihrer privaten [Altersvorsorge](#).

Eine spannende Lektüre wünscht Volkmar Zschocke.
Über Rückmeldungen freue ich mich.

Gesunde Ernährung an Schulen und Kitas

Fehlernährung ist ein ernstzunehmendes Gesundheitsrisiko. Kinder und Jugendliche leiden immer häufiger an krankhaftem Übergewicht und Diabetes-Erkrankungen. Die GRÜNE-Fraktion hat einen Antrag in den Sächsischen Landtag eingebracht. Darin fordern wir die Staatsregierung auf, einen Runden Tisch „Gesunde Ernährung an Schulen und Kitas in Sachsen“ zu gründen. Am Tisch sollen die verschiedenen Interessengruppen zusammenkommen, beraten und Handlungsempfehlungen entwickeln, wie eine gesunde Verpflegung an Schulen und Kitas sichergestellt werden kann. Dabei soll die derzeitige Versorgungssituation in Sachsen und die konkrete Umsetzung der DGE-Qualitätsstandards betrachtet werden. Im Rahmen von zwei Fachgesprächen in Leipzig und Dresden haben wir mit Institutionen der Gesundheitsförderung, lokalen Essensanbietern, Schülerinnen und Schülern, Schulleitungen sowie Eltern diskutiert, wie natürliches und gesundes Essen in Schulen und Kitas mehr als bisher gefördert werden kann, um eine ausgewogene Verpflegung sicherzustellen.

- [Antrag](#)
- [Stellungnahme der Staatsregierung](#)
- [Flyer](#)
- [Video zum GRÜNEN Antrag](#)
- [Artikel in der neuen SaxGRÜN \(Seite 10\)](#)

Inklusion

Es ist höchste Zeit, dass Sachsen Inklusion auch mit einem eigenen Landesgesetz stärkt. Deutschland hat 2009 rechtsverbindlich die UN-Behindertenrechtskonvention unterzeichnet. Seitdem muss in Sachsen leider immer noch jeder einzelne Schritt zur Umsetzung mühsam erkämpft werden. Seit eineinhalb Jahren liegt der Entwurf des Landesbehindertenbeauftragten auf dem Tisch, seitdem drängen die Behindertenverbände darauf, diesen aufzunehmen. Der Gesetzesentwurf der CDU-SPD-Koalition bleibt weit hinter dem zurück, was er leisten kann und sollte. Deshalb haben wir einen Änderungsantrag eingereicht, der zu großen Teilen die Änderungsvorschläge der Sachverständigen aus der öffentlichen Anhörung des Gesetzentwurfs im Mai 2019 aufgreift. Uns geht es im Wesentlichen darum: die Kommunen verpflichtend in die Umsetzung einzubeziehen; die Barrierefreiheit im Bau und Verkehr voranzubringen; die Menschen mit Behinderungen in ihren Rechten zu stärken, durch Behindertenbeiräte und hauptamtlich tätige Behindertenbeauftragte auch auf kommunaler Ebene; die Wahlrechtsausschlüsse konsequent zu beseitigen, anstatt neue Unklarheiten bei der Assistenzleistung zu schaffen. Zudem soll gemäß unseres Änderungsantrages die Beweislast in Zukunft nicht mehr bei den Betroffenen liegen, sondern bei den Behörden. Und der finanzielle Nachteilsausgleich für Schwerbehinderte soll gemäß unseres Änderungsantrages nicht pauschaliert und finanziell gedeckelt, sondern in einer Förderrichtlinie geregelt werden. Die schleppende und aufwendige Anpassung des Landesblindengeldes hat gezeigt, dass eine gesetzliche Regelung zu starr ist und in der Praxis über viele Jahre hinweg nicht mehr angefasst wird. Unsere Änderungsvorschläge wurden im letzten Plenum vor der Sommerpause von der Koalition in allen Punkten abgelehnt, so dass wir uns bei der Abstimmung letztlich enthalten haben.

- [Rede](#)
- [GRÜNER Änderungsantrag](#)
- [Pressemitteilung](#)

Pflege

Ich habe immer wieder kritisiert, dass die Enquete-Arbeit zu einem Stillstand in der sächsischen Pflegepolitik geführt hat. Die Koalition war nicht bereit, die großen Aufgaben anzupacken! Kurz vor Ende der Wahlperiode haben die Regierungsparteien CDU und SPD zwei Gesetze in den Landtag eingebracht. Sachsen ist eines der letzten Bundesländer, dass das Bundesgesetz zur Neuregelung der Pflegeausbildung vollzieht. Dieser Zeitverzug hat die großen Verunsicherungen bei den Trägern von Pflegediensten und Pflege-Ausbildungsstätten in Sachsen zusätzlich verstärkt. Wir GRÜNE waren pragmatisch und haben im Mai diesem unambitionierten Gesetz zugestimmt, damit schnell Rechtsklarheit geschaffen wird. Es muss verhindert werden, dass sich weitere Ausbildungsträger zurückziehen. Ein reibungsloser Start der neuen Pflegeausbildung zum 1. August 2020 muss jetzt Priorität haben.

Das ebenfalls im Mai beschlossene Gesetz zur Änderung des Sächsischen Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetzes der Koalition schafft mehr Anreize und mehr rechtliche Klarheit für ambulante Wohnformen. Wir haben dem zugestimmt, aber ich habe in meiner Rede auch betont, dass das Gesetz nach der Wahl grundlegend reformiert werden muss, denn es ist kein großer Wurf gelungen. Das von der Gesundheitsministerin im Mai vorgestellte Pflegepaket ist für mich nicht mehr als Wahlkampf-Aktionismus. Die Ministerin hatte fünf Jahre Zeit, konkrete Maßnahmen umzusetzen. Fünf Jahre wurde notwendiges Handeln verschleppt. Ein solches Paket hätte an den Beginn der Legislaturperiode gehört. Jetzt werden all diese Ansätze nicht mehr wirksam. Das zeigt sich schon an dem versprochenen Landesinvestitionsprogramm: Woher sollen die Mittel dafür kommen? Der Doppelhaushalt ist längst verabschiedet! Da ist jährlich nur eine Million für die Umsetzung der bereits verkündeten Maßnahmen aus dem Bericht der Pflege-Enquete eingeplant.

- [Rede zum Pflegeberufegesetz](#)
- [Rede zum Sächsischen Betreuungs und Wohnqualitätsgesetz](#)
- [Pressemitteilung zum „Pflegepaket 2030“](#)

Medizinische Versorgung

Das im Juni von der Gesundheitsministerin Barbara Klepsch (CDU) vorgestellte 20-Punkte-Programm zur medizinischen Versorgung enthält wenig Konkretes und viel heiße Luft. Jetzt am Ende der Legislatur kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es sich lediglich um ein Wahlkampfmanöver handelt. Weder das Parlament noch der Sozialausschuss wurden über das Programm informiert. Es bleibt unverbindlich und wird keine Wirkung entfalten. Wir sind davon überzeugt, dass nicht nur mehr Ärztinnen und Ärzte ausgebildet werden müssen. Wichtig ist eine stärkere regionale Verantwortung für die Versorgung. Dort gibt es das beste Wissen über die Gesundheitsprobleme in der Region und häufig auch passgenaue Ideen zu deren Lösung. Durch die gemeinsame Übernahme von Versorgungsverantwortung in der Region insbesondere durch Ärztenetze, Krankenhäuser, Krankenkasse, Gesundheits- und Pflegezentren oder Apotheken wollen wir das Interesse am gemeinsamen Handeln für die Gesundheit der Menschen fördern und das Sektorendenken überwinden. Gesundheitsregionen, Vernetzung und Kooperation sollen Vorfahrt in unserem Gesundheitswesen bekommen. Dabei muss auch Gesundheitsförderung und Prävention ein größerer Stellenwert eingeräumt werden.

- [GRÜNES Autorenpapier: Gesundheitsversorgung ländlicher Regionen verbessern – Verlässlichkeit und Zusammenhalt stärken](#)
- [Pressemitteilung zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung ländlicher Regionen](#)
- [Pressemitteilung zur aktuellen Vorstellung des 20-Punkte-Programms](#)
- [Rede aus dem Jahr 2017 zum 20-Punkte-Programm](#)

Jugendbeteiligung

Auch der 5. Kinder- und Jugendbericht wird – wie viele andere Berichte des Sozialministeriums - leider erst kurz vor dem Ende der Wahlperiode veröffentlicht. Der Bericht selbst umfasst über 300 Seiten, davon 10 Seiten mit sehr konkreten Handlungsempfehlungen. Er stellt die Partizipation und Beteiligung von jungen Menschen im Alter von 12 bis 27 Jahren in den Mittelpunkt, aber auch die Entwicklung der Jugendarbeit hin zu einer eigenständigen Jugendpolitik wird betrachtet. Wir GRÜNE sehen uns durch den Bericht bestärkt in unserer Forderung, Kinder- und Jugendbeteiligungsformate für alle Altersgruppen auszubauen – auch für unter 12-Jährige. Der Bericht betont an mehreren Stellen, wie wichtig verlässliche Perspektiven für die Jugendarbeit und Jugendbeteiligung sind. Verbindliche Rahmenbedingungen – also Finanzen, Personal, Räume – sind die Grundlage für einen Vertrauensaufbau zwischen den Fachkräften und den jungen Menschen. Verlässliche Perspektiven sind der Grundstein für eine erfolgreiche Jugendarbeit in Sachsen. Wir GRÜNE haben dazu 2017 einen Antrag eingebracht und diesen breit diskutiert. Wir setzen uns weiterhin für die Stärkung der Jugendarbeit und sozialen Arbeit ein, denn dieses Berufsfeld braucht qualifizierte Fachkräfte, mehr Wertschätzung und vor allem bessere Arbeitsbedingungen.

- [Rede zum 5. Sächsischen Kinder- und Jugendbericht](#)
- [Rede zum LINKEN Gesetzentwurf](#)

Armut

In der letzten Plenarsitzung wurde noch einmal heftig diskutiert, wie Armut in Deutschland und auch Sachsen wirksam bekämpft werden kann. Viele Weichen dafür werden auf Bundesebene gestellt. Wir GRÜNEN im Bundestag kämpfen deshalb für die Erhöhung des Mindestlohns, gegen Hartz IV-Sanktionen, für eine Garantiesicherung - deutlich über dem Existenzminimum - , für eine Grundsicherung aller Kinder und für ein solides und solidarisches Rentensystem. Viel Geld allein hilft nicht immer viel. Und daran werden auch gewisse Unterschiede im Sozialstaatsverständnis von uns und der LINKEN sichtbar. Armut wirksam zu bekämpfen bedeutet für uns nicht, allein nur Sozialleistungen auszubauen! Unser Ziel ist es, dass alle Menschen selbstbestimmt an der Gesellschaft teilhaben können und niemand ausgegrenzt wird. Wir wollen Menschen in Armut nicht nur staatlich gut 'versorgen'. Damit das gelingt, wollen wir beispielsweise ein Kompetenzzentrum zur Unterstützung von Alleinerziehenden in Sachsen gründen, in dem sie genau die Hilfe bekommen, die sie brauchen. Der öffentliche Nahverkehr in Sachsen muss für alle bezahlbar sein. Die Ticketpreise für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Freiwilligendienstleistende wollen wir senken und zunächst ein sachsenweites 365-Euro-Jahresticket für alle Menschen in Ausbildung einführen. Sozialhilfe- bzw. ALG II-Empfängerinnen und Empfänger sollen den ÖPNV kostenlos nutzen können.

- [Rede](#)

Altersvorsorge

Im Juni demonstrierte der Verein der Direktversicherungsgeschädigten in Dresden vor dem Landtag dagegen, bei der Auszahlung ihrer Lebensversicherung Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung zahlen zu müssen. Die derzeit bestehende Regelung wird von den deutschlandweit 6,3 Mio. Betroffenen zurecht als ungerecht empfunden, da sie sich im Glauben an eine dauerhafte Beitragsfreiheit für diese Form der Alterssicherung entschieden haben. Aus GRÜNER Sicht wäre die fairste Lösung eine Regelung, die gezielt diejenigen unterstützt, die vor dem Jahr 2004 einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen und in diesen allein eingezahlt haben.

→ [Pressemitteilung](#)

Dieser Newsletter wird herausgegeben von:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
www.gruene-fraktion-sachsen.de

Volkmar Zschocke
Sozial- und gesundheitspolitischer Sprecher
Telefon: 0351 / 493 48 50
Telefax: 0351 / 493 48 09
[volkmar.zschocke\(at\)slt.sachsen.de](mailto:volkmar.zschocke(at)slt.sachsen.de)
www.volkmar-zschocke.de

Tina Siebeneicher
Parlamentarische Beraterin für Kinder und
Jugend, SeniorInnen, Familie, Soziales,
Menschen mit Behinderung und Gesundheit
Telefon: 0351 / 493 48 26
[tina.siebeneicher\(at\)slt.sachsen.de](mailto:tina.siebeneicher(at)slt.sachsen.de)

V.i.S.d.P.: Tina Siebeneicher

Abonnement und Abbestellung des Newsletters unter:
[tina.siebeneicher\(at\)slt.sachsen.de](mailto:tina.siebeneicher(at)slt.sachsen.de)